

*(31)

Ehrgeiziger Plan zur Entwicklung informationsintensiver Industrien

Huan Xiang, Berater der Akademie für Gesellschaftswissenschaften und Experte auf dem Gebiet der Weltwirtschaft, erklärte, China solle einige Zwischenstufen in der Entwicklung überspringen und seine Bemühungen auf die Entwicklung informations- und technologieintensiver Industriezweige konzentrieren, um die fortgeschrittenen Länder so rasch wie möglich einzuholen. Huan hielt vor rund 2.000 Kadern aus Abteilungen des Zentralkomitees der KPCh und der zentralen Volksregierung einen Vortrag mit dem Titel "Die Entwicklung der neuen technologischen Revolution unter Berücksichtigung der Weltwirtschaftslage".

In seinem Vortrag analysierte Huan den Trend der Wirtschaftsentwicklung in der Welt. In den nächsten zwölf Jahren werde das Schwergewicht der Entwicklung in Wissenschaft und Technik auf Computern liegen; die Produktivkräfte würden einen großen Durchbruch erzielen. Auf den strategischen Plan für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes eingehend, sagte Huan, er sei nicht dafür, zuerst traditionelle und Grundstoffindustrien zu entwickeln, bevor die Entwicklung informations- und technologieintensiver Branchen in Angriff genommen werde.

Der Experte unterbreitete ein Paket von zehn Vorschlägen zur beschleunigten Entwicklung der modernen Technik in China einschließlich elektronischer Computer, des Einsatzes von Glasfaserkabeln im Fernmeldewesen und biologischer Techniken in der Elektronik:

- Entwicklung elektronischer Computer in Verbindung mit den technischen Innovationen in allen anderen Industriezweigen;
- Errichtung eines äußerst leistungsfähigen internationalen Informationsnetzes;
- Schaffung der Grundlagen für wissenschaftliche Forschung bzw. Produktion und Ausbildung;
- Reform des bestehenden Bildungswesens;
- Einheitliche Führung durch die Zentralregierung im Rahmen eines Einheitsplanes.

Huan Xiang erklärte, die Ausrichtung des wirtschaftlichen Aufbaus Chinas sei korrekt und der Weg zur Durchführung sei bereits festgelegt. "Solange wir die Reform vorwärtstreiben, unsere Vorteile voll ausspielen und Hindernisse vermeiden, ist es für China nicht möglich, die entwickelten Länder einzuholen", fügte er hinzu. (XNA,

26.3.84)

Diese ehrgeizigen Vorstellungen sind wohl eher als Gedankenspiel zu verstehen denn als realistischer Entwicklungsweg. Eine derartige Umstrukturierung der chinesischen Wirtschaft - eine schnelle Entwicklung mittels des Überspringens mehrerer Stufen - würde mit Sicherheit auf gravierende Hindernisse sowohl im Inland als auch nach außen stoßen. -lou-

WIRTSCHAFT

*(32)

Über die Reform des Steuersystems

Am 14. März 1984 erschien in der Volkszeitung ein Artikel über die Reform des Steuersystems. Im folgenden werden wichtige Passagen dieses Artikels wiedergegeben:

Aufgrund der Erfahrungen von mehr als 400 staatlichen Betrieben bei der Ersetzung des Systems der Profitabführung durch das Steuersystem und mit Genehmigung des Staatsrates begannen im Juni 1983 die staatlichen Betriebe in unserem Lande damit, das Steuersystem anzuwenden und nach Zahlung der Steuern eine rationale Verteilung der Gewinne vorzunehmen. Auf diese Weise war der erste Schritt der Reform gemacht worden. Gegenwärtig ist es die dringende Aufgabe, den zweiten Schritt im Rahmen der Reform zu tun, d.h., die umfassende Reform des Steuersystems überall im Lande durchzuführen. Auf der Grundlage einer Untersuchung, die in Shanghai, Liaoning, Jilin, Tianjin und Sichuan durchgeführt worden ist, möchten wir hier einige Meinungen über verschiedene Fragen der Reform des Steuersystems vortragen.

Die Besteuerung ist eine Methode, mittels der der Staat an der Verteilung und Umverteilung des nationalen Einkommens partizipieren kann, indem er sich auf seine politische Macht stützt. Seit der Gründung des Staates wurden mit dieser Methode mehr als 800 Mrd. Yuan an Fonds durch den Staat eingezogen; diese Mittel haben eine bedeutende Rolle bei der Förderung unseres sozialistischen Aufbaus gespielt. Dies ist der Hauptaspekt der Angelegenheit. Während einer relativ langen Periode, hauptsächlich in den Jahren des Großen Sprungs nach vorn und der 10 Jahre der Unordnung unter dem Einfluß der falschen linksgerichteten Ideologie, gab es jedoch einen ideologischen Trend, die Rolle der Besteuerung zu übersehen und zu negieren ...

Praxis und Erfahrung der letzten 30 Jahre beweisen, daß in einem sozialistischen Land, das das

öffentliche Eigentum an den Produktionsmitteln eingeführt hat, die Besteuerung noch eine wichtige Rolle spielt.

(1) Die Besteuerung ist die stabilste und verlässlichste Methode, um Fonds zu beschaffen. (2) Sie ist ein wichtiger wirtschaftlicher Hebel, um die Produktion, die Zirkulation und Konsumtion zu regulieren und eine vernünftige Form der Wirtschaftsstruktur zu erzielen. (3) Sie ist ein wichtiges Instrument für die korrekte Behandlung der Beziehungen zwischen dem Staat und den Unternehmen hinsichtlich der Verteilung. (4) Sie ist ein wichtiges Werkzeug beim Schutz legaler Handelsaktivitäten und gegen Spekulation und illegale Aktivitäten; sie ist ferner wichtig für den Schutz nationaler Wirtschaftsinteressen und bei der Förderung des internationalen wirtschaftlichen Austausches im Außenhandel ...

Wir sind der Meinung, daß Chinas Steuersystem aus den folgenden sechs Kategorien zusammengesetzt sein sollte: (1) Steuern, die auf den Umsatz der Produkte erhoben werden, wie z.B. Produktsteuer, Mehrwertsteuer und Verkaufssteuer; (2) Steuern, die auf Eigentum erhoben werden, wie z.B. die Haussteuer und die Steuer für Schiffe und Fahrzeuge; (3) Steuern auf Transaktionen, wie z.B. die Steuer für das Schlachten von Tieren und die Steuern für ländliche Märkte; (4) die auf das Einkommen erhobene Steuer, wie z.B. die Einkommensteuer; (5) die auf das Differentialeinkommen erhobene Steuer, wie z.B. die Ressourcensteuer, Steuer für die Landnutzung und Steuer für den Besitz von Anlagevermögen; (6) Steuern auf bestimmte Dinge während einer bestimmten Zeitperiode in Übereinstimmung mit der staatlichen Politik, wie z.B. eine Sondersteuer auf Dieselöl, eine Aufbausteuer, die Steuer für Überquotenboni usw. Alle diese Steuern haben die Funktion, Fonds zu erheben und die Wirtschaft in den jeweiligen Bereichen zu regulieren ... Warum sollte in der gegenwärtigen Phase unseres Landes die Produktsteuer eher als die Einkommensteuer als die Hauptquelle genommen werden? Die Produktsteuer hat die folgenden Vorzüge: (1) Sie wird entsprechend dem Umsatz erhoben. Die Betriebe müssen immer dann Steuern zahlen, wenn sie Produkte verkaufen. Auf diese Weise wird die Steuer nicht durch die Änderungen bei Kosten, Gewinnen oder Verlusten tangiert. Verglichen mit der Einkommensteuer, die nur von den Betrieben, die Profit machen, erhoben wird, erfaßt die Produktsteuer einen weiteren Bereich, ist stabiler und verlässlicher bei der Sicherstel-

lung des finanziellen Einkommens. (2) Mittels der Produktsteuer wird ein relativ einheitlicher Steuersatz auf dasselbe Produkt erhoben. Dies kann dazu führen, daß die fortgeschrittenen Betriebe ermutigt werden, daß die weniger fortgeschrittenen angespornt werden und daß die Unternehmen gedrängt werden, die Wirtschaftsverwaltung bei der Produktion zu verbessern. Gleichzeitig kann durch die Verwendung unterschiedlicher Steuersätze für unterschiedliche Produkte der Markt gesteuert werden. So können beispielsweise die Gewinne unterschiedlicher Branchen reguliert werden, wenn die Preise unvernünftig sind und nicht signifikant geändert werden können. Dennoch ist die Einkommensteuer eine Steuerart, die für die Verteilung der Gewinne Bedeutung hat ... (3) Da die Produktsteuer entsprechend den Umsätzen erhoben wird, ist es leichter, sie zu berechnen und pünktlich zu zahlen. Da diese Methode auch lange Zeit in unserem Lande angewendet worden ist, sind die Unternehmen auch daran gewöhnt. (4) Bei den Steuereinnahmen des Landes hat die Produktsteuer immer eine dominante Position innegehabt.

Dennoch hat die Produktsteuer auch ihre Grenzen bei der Regulierung der Wirtschaft. Sie kann Angebot und Nachfrage nicht so schnell widerspiegeln, wie es die Preise tun. Manchmal kann die regulierende Rolle der Produktsteuer durch eine Änderung oder ein Floaten der Preise zunichte gemacht werden. Die Produktsteuer kann auch nicht das Problem des Differentialeinkommens, das aufgrund objektiver Faktoren entsteht, so rational lösen, wie es die Differentialeinkommensteuer tut. Wir müssen anerkennen, daß die Differentialeinkommensteuer eine wichtige Rolle bei der Regulierung der Differentialeinkommen zwischen den Unternehmen spielt, die aufgrund unterschiedlicher externer Bedingungen entstehen ... Seit der Gründung des Staates ist in Bezug auf Steuerkategorien und Steuerraten ein dorniger Weg beschritten worden, der von vielen zu wenigen und von wenigen zu vielen geführt hat. Die Anzahl der Steuerkategorien wurde nach Gründung des Staates von 14 auf neun i.J. 1948 gesenkt und dann auf sechs i.J. 1972. Die Zahl der Steuerposten wurde von 108 auf 44 und die Zahl der Steuersätze von 141 auf 82 reduziert. Von den 82 Steuersätzen waren nur 16 Differentialsätze. Die Steuersätze wurden dann weiter vereinfacht zu nur einem Steuersatz für die meisten staatlichen Unternehmen. Seit dem 3. Plenum des 11. Zentralkomitees der KPCh sind einige der früheren Steuerkategorien wieder eingeführt worden, und

einige neue Kategorien sind hinzugekommen. Die Zahl der Steuerkategorien wird bald 17 oder 18 erreichen ...

Für die Praktizierung eines multiplen Steuerungssystems muß es gewisse und vernünftige Grenzen geben. Das multiple Steuersystem hängt von den folgenden drei Dingen ab: (1) Die Steuerlast muß vernünftig ausgeglichen werden ... So sind beispielsweise die Einführung einer Ressourcensteuer und die Wiedereinführung einer Bodensteuer nicht nur von Bedeutung für die Ausweitung des Bereichs der Steuerlasten, sondern auch wichtig hinsichtlich der Einschränkung der Sabotage von natürlichen Ressourcen, des sparsamen Umgangs bei der Nutzung von Land und der vernünftigen Nutzung sowohl der natürlichen Ressourcen als auch des Landes. (2) Die Anwendung unterschiedlicher Methoden der Belohnung und der Errichtung von Restriktionen für unterschiedliche Branchen und unterschiedliche Produkte ... (3) Das Steuersystem muß für das Rechnungswesen in den Betrieben leicht zu handhaben sein und sowohl der Wirtschaftsverwaltung in den Betrieben und den Steuereinnahmern angepaßt sein ...

Für die Besteuerung des gleichen Produktes in der gleichen Branche muß es einen relativ einheitlichen Steuersatz in unserem Lande geben, so daß die Besteuerung die fortgeschrittenen Betriebe ermutigen und die weniger fortgeschrittenen anspornen kann. Gegenwärtig ist jedoch die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Lande sehr unterschiedlich. Es gibt eine große Disparität hinsichtlich der Gewinne und der Steuerraten zwischen unterschiedlichen Betrieben, die in der gleichen Branche sind oder sogar das gleiche Produkt produzieren. Deswegen existiert ein scharfer Widerspruch zwischen dieser unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklung und dem relativ einheitlichen Steuersatz für das gleiche Produkt. Unter diesen Umständen ist es notwendig, die Fähigkeiten der Betriebe, Steuern zu zahlen, in Rechnung zu stellen, um eine zu große wirtschaftliche Fluktuation zu vermeiden. Wenn deshalb über die Steuersätze entschieden wird, so müssen die folgenden drei Punkte berücksichtigt werden: (1) Die Steuersätze müssen nach den durchschnittlichen Gewinnraten und auf einem mittleren Niveau festgesetzt werden ... (2) Unter der Voraussetzung, daß es relativ einheitliche Steuersätze für das ganze Land gibt, kann die Zahl der Steuerposten und Steuersätze der Produktsteuer entsprechend der Produktarten erhöht werden. In unserem Lande sollte es einen relativ

einheitlichen Steuersatz für jede Branche geben ... (3) Es sollte angemessener Gebrauch von den Steuerregelungen gemacht und eine vernünftige Kontrolle über die Verluste ausgeübt werden, die die Betriebe erleiden, sowie über die Ermäßigung und Rückzahlung von Steuern ...

Um die gewünschten Erfolge zu erzielen, ist es auch nötig, die notwendigen Bedingungen zu schaffen, die entsprechenden Maßnahmen in geplanter Weise zu ergreifen und die Verwaltung in einer umfassenden Weise durchzuführen. (1) Die Reform des Steuersystems muß mit der Readjustierung und der Reorganisation in den verschiedenen Branchen kombiniert werden ... (2) Die Reform des Steuersystems muß mit der Praxis des Verantwortlichkeitssystems in den Betrieben und der Verbesserung der externen Bedingungen für die Betriebe kombiniert werden ... (3) Die Reform des Steuersystems muß organisch mit der Preisreform kombiniert werden. Besteuerung und Preise sind beide wichtige ökonomische Hebel bei der Regulierung und Förderung der sozialistischen Produktion, des Austausches, der Verteilung und der Konsumtion. Nur wenn sie koordiniert werden und sich einander ergänzen, können bessere Erfolge erzielt werden. Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist es unmöglich, eine allgemeine Neuregelung des Preissystems in unserem Lande durchzuführen ... (4) Der Fortschritt in der Steuerreform sollte der Verstärkung des Personalbestandes bei den Steuerbeamten und der Vervollkommnung des Rechtssystems angepaßt werden ... (RMRB, 14.3.84). -lou-

* (33)

Patentgesetz verabschiedet

Einer am 12.3.1984 vom Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses veröffentlichten Mitteilung zufolge soll das erste Patentgesetz der Volksrepublik China am 1. April 1985 in Kraft treten. Das Gesetz, das auf der Abschlusssitzung der 4. Tagung des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses verabschiedet wurde, wird in Kraft treten, nachdem es vom Präsidenten Chinas verkündet worden ist.

Nach dem Patentgesetz wird die Anwendung von Patenten ausländischer Staatsbürger, ausländischer Unternehmen und ausländischer Organisationen nach dem Gesetz, auf der Basis der Reziprozität oder gemäß den zwischen der Volksrepublik und dem Land, das das Patent anmeldet, abgeschlossenen Verträgen oder gemäß internationalen, von den beiden Ländern unterzeichneten Verträgen durchgeführt.

Das chinesische Patentamt handelt dem Gesetz zufolge als die offizielle Stelle, die Patente erteilt. Keine Organisation oder eine einzelne Person kann ein Patent ohne Genehmigung des Patentinhabers anwenden. Sie ist ferner nicht befugt, ein patentiertes Erzeugnis zu verwenden oder zu verkaufen oder den Zweck der Patentierung für Produktions- oder Geschäftszwecke zu gebrauchen, heißt es im Gesetz. Wenn die Anwendung eines Patentes gewünscht wird, müssen solche Organisationen oder einzelne Personen mit dem Patentinhaber ein Lizenzabkommen schließen und Gebühren zahlen. Der Inhaber einer Lizenz ist nicht befugt, ohne Genehmigung des Patentinhabers Unterlizenzen zu erteilen. Dem Gesetz zufolge ist die Anwendung eines Patentes ohne Genehmigung des Patentinhabers ein Akt, der im Bereich der Patentverletzung liegt. Der Patentinhaber oder die geschädigten Seiten können beim Patentamt Wiedergutmachung verlangen oder die Sache direkt vor das Volksgericht Chinas bringen.

Das Gesetz soll Innovationen ermutigen, den Fortschritt der Wissenschaft und Technik fördern und die sozialistische Modernisierung des Staates beschleunigen, heißt es in der Mitteilung des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses. (XNA, 13.3.84)

Der Text des Patentgesetzes wurde am 13.3.1984 von der Nachrichtenagentur Xinhua verbreitet. Eine englische Übersetzung findet sich in SWB, 21.3.1984. -lou-

*(34)

Vereinheitlichung der Maße und Gewichte

Am 27. Februar 1984 verkündete der Staatsrat das "Dekret über die Vereinheitlichung der offiziellen Maßeinheiten in unserem Lande". Seit dem Jahre 1959, als das metrische System offiziell angenommen wurde, seien beträchtliche Erfolge bei der Popularisierung des metrischen Systems, bei der Reformierung des chinesischen Systems und bei der Zurückdrängung altmodischer Systeme erzielt worden. Um das Prinzip der Öffnung zur Welt hin aufrecht erhalten zu können und die wirtschaftliche, kulturelle und soziale Entwicklung des Landes zu fördern, habe der Staatsrat entschieden, die Maßeinheiten des Landes auf der Basis moderner internationaler Einheiten weiter zu vereinheitlichen. Am 20.1.1984 nahm der Staatsrat drei Berichte bzw. Vorschläge des staatlichen Amtes für Metrologie an.

Es gelten die folgenden vier Punk-

te: (1) Ohne Ausnahme werden die "offiziellen Maßeinheiten der Volksrepublik" im Lande als Maßeinheiten benutzt. (2) Die gegenwärtig noch benutzten chinesischen Maßeinheiten können bis 1990 verwendet werden. Vor diesem Zeitpunkt wird der Übergang zu den offiziellen Maßeinheiten vollendet sein. Auf der Basis von Untersuchungen wird ein Plan zur Reformierung der Maßeinheiten für die Farmgebiete formuliert; diese Maßeinheiten werden separat angekündigt werden. (3) Weil die Reform der Maßeinheiten alle Branchen, Berufe und die breiten Massen des Volkes einbezieht, müssen alle Gebiete und Abteilungen der Reform Aufmerksamkeit schenken und positive und verlässliche Durchführungspläne ausarbeiten, um die reibungslose Vollendung der Reform sicherzustellen. (4) Das staatliche Amt für Metrologie ist mit der Aufgabe betraut worden, dieses Dekret in die Tat umzusetzen. (Xinhua, 3.3.84, zitiert nach SWB, 6.3.84)

Die Nachrichtenagentur Xinhua veröffentlichte ein Interview mit einem "führenden Mitglied" des staatlichen Amtes für Metrologie über das neue Dekret. Auf die Frage, welche Maßnahmen ergriffen werden sollten, um die offiziellen Maßeinheiten in allen Bereichen durchzusetzen, antwortete dieses Mitglied: Die Übergangsperiode wird zwei Perioden haben. Während der ersten Periode - von 1984 bis 1987 - müssen alle wichtigen Abteilungen der Volkswirtschaft, insbesondere die Abteilungen der Regierung, der Industrie, des Kommunikationswesens, der Kultur, der Erziehung, der Propaganda, des Verlagswesens, der Wissenschaft und Technologie, den Übergang durchführen. Während dieser Periode dürfen diese Abteilungen nur die offiziellen Maßeinheiten verwenden. Während der zweiten Periode, die Ende 1990 beendet sein wird, müssen alle Branchen und Berufszweige im ganzen Lande die offiziellen Maßeinheiten vollständig übernommen haben. Vom 1. Januar 1991 an wird es keiner Abteilung, mit Ausnahme von wenigen Spezialgebieten, erlaubt sein, andere als die offiziellen Maßeinheiten zu verwenden.

Um die obengenannten Ziele zu erreichen, werden die folgenden Maßnahmen ergriffen: (1) Von 1986 an müssen Regierungsorgane, Massenorganisationen und militärische Einheiten sowie alle Unternehmen und Institutionen die offiziellen Maßeinheiten des Staates in ihren Dokumenten und statistischen Berichten verwenden. (2) Während des siebten Fünf-Jahresplanes müssen alle Erziehungsabteilungen die offiziellen Maßeinheiten in ihren

neu zusammengestellten Unterrichtsmaterialien verwenden. (3) Von 1986 an müssen die Zeitungen, Zeitschriften, Bücher, das Radio und das Fernsehen die offiziellen Maßeinheiten entsprechend den Vorschriften verwenden. Wenn nicht offizielle Maßeinheiten in internationalen Nachrichten verwendet werden, müssen sie zusammen mit den offiziellen Maßeinheiten publiziert werden. Alle neu veröffentlichten Publikationen müssen hinsichtlich der Verwendung der offiziellen Maßeinheiten überprüft werden. Ausnahmen bilden alte Bücher und Werke der Literatur. (4) Von 1986 an müssen Abteilungen für wissenschaftliche Forschung, Ingenieurwesen und Technik die offiziellen Maßeinheiten verwenden, und zwar in allen ihren Publikationen. Die alten Standards können in Klammern nach den offiziellen Standards angefügt werden. (5) Hinsichtlich der Neukonstruktion von Ausrüstungen, Meß- und Testeinrichtungen gilt, daß von 1986 an die offiziellen Standards in allen neu entworfenen und fabrizierten Instrumenten und Ausrüstungen benutzt werden müssen. Für alte Ausrüstungen und Meßeinrichtungen gilt eine Periode der Produktionsumstellung. Nichtoffizielle Maßeinheiten sollten so schnell wie möglich durch offizielle Maßeinheiten ersetzt werden. Von 1986 an dürfen keine Ausrüstungen und Meßeinrichtungen mit nichtoffiziellen Maßeinheiten produziert werden. (6) Instrumente und Ausrüstungen, die für Meßzwecke benutzt werden, sind Mittel der Übermittlung von Quantitäten und Werten. Sie müssen der Überprüfung sowohl nach den neuen als auch nach den alten Meßstandards standhalten. (7) Die offiziellen Meßstandards müssen nach und nach bei Handelstransaktionen eingeführt werden. Bis zum Ende des Jahres 1990 dürfen die traditionellen chinesischen Standards verwendet werden. Exportwaren können diejenigen Maßeinheiten verwenden, die in den Verträgen festgelegt sind. Sie werden von den neuen Regeln nicht erfaßt. (8) Die Verwendung von britischen Meßstandards muß eingeschränkt werden. (9) Von 1986 an werden die offiziellen Maßeinheiten in allen Arten von Bescheinigungen verwendet. Die Reform des Mu als Maßeinheit für das Land erfordert komplizierte Arbeit. Da dies eine wichtige Angelegenheit ist, die mehrere 100 Millionen Bauern betrifft, wird das Mu zu einer angemessenen Zeit auf der Grundlage von weiteren Forschungen reformiert werden. Gegenwärtig wird es nicht verändert. (Xinhua, 3.3.84, zitiert nach SWB, 9.3.84) -lou-

*(35)

Mehr Investitionen im Bereich des Energie- und Transportwesens

1984 will die Volksrepublik 23,6 Mrd. Yuan in Schlüsselprojekte des Energie- und Transportwesens investieren, das sind 4 Mrd. Yuan mehr als 1983. Dies teilte die staatliche Planungskommission mit. Diese Projekte machen 36,3% der gesamten Investitionen in das Anlagevermögen aus, während es 1983 33,8% waren. 79 von Chinas 123 Investbauprojekten mit höchster Priorität fallen in den Bereich Energie und Transport. Während die Arbeit an 40 dieser Projekte fortgesetzt wird, werden 39 Projekte im Jahre 1984 neu gegründet. Unter den 79 Projekten sind 14 Kohlezechen mit einer jährlichen Produktionskapazität von 89,59 Mio. Tonnen, 40 Mio. Tonnen mehr als 1983; 26 Kraftwerkprojekte mit einer Gesamtkapazität von 15,17 Mio. kW (plus 5,45 Mio. kW) und 6 Rohölprojekte mit einer Kapazität von 7,7 Mio. Tonnen pro Jahr.

Die 17 Eisenbahnprojekte werden 1.017 Kilometer neuer Eisenbahnlinien dem Netz hinzufügen, ferner sind vorgesehen 1.054 km doppelspurige Linien und 3.314 Kilometer elektrifizierte Linien. Des weiteren werden 51 Kais mit einer Verladekapazität von jährlich 81,17 Mio. Tonnen gebaut, während für 4 Telekommunikationsprojekte eine Kabellänge von 3.000 Kilometern nötig ist. Von 1984 an werden auch Hilfsprojekte für die Projekte mit erster Priorität in den Staatsplan aufgenommen werden, um die gleichzeitige Fertigstellung sicherzustellen. Es handelt sich um 177 Hilfsprojekte, davon 134 im Energie- oder Transportbereich und 43 in der Eisen- und Stahlindustrie sowie in anderen Sektoren. Wie ein Sprecher der staatlichen Planungskommission mitteilte, müssen alle Hilfsprojekte planmäßig vollendet werden. Kader, die mit diesen Projekten betraut sind, werden verantwortlich gemacht, falls die Fertigstellung verzögert wird. (XNA, 19.3.84) -lou-

*(36)

Über das Atomkraftwerk in der Daya-Bucht

Chinas erstes kommerzielles Atomkraftwerk in der Bucht von Daya (Provinz Guangdong) soll eine Kapazität von 1900 Megawatt haben und ca. 4,6 Mrd. US-Dollar kosten. Das Kraftwerk soll im Jahre 1991 in Betrieb gehen.

Mitte März hat die britische General Electric Company ihr Angebot auf die Ausschreibungsanforderung der Chinesen abgegeben. Die General Electric Company will zwei 950-Megawatt-Turbinen-Generatoren sowie die nach außen gehenden

Wechselschalteneinrichtungen liefern; die Lieferungen sollen etwa ein Drittel der Gesamtkosten des Projektes ausmachen. Vor einem Monat hatte die staatliche französische Gesellschaft Framatome bereits ihr Angebot abgegeben, das sich ebenfalls auf etwa ein Drittel der Projektkosten beläuft. Framatome soll die Druckwasser-Reaktoren liefern.

Die Angebote der beiden Unternehmen werden nun von drei Gruppen ausländischer Beratungsunternehmen geprüft. Darunter befindet sich die Swiss Power Consultants sowie eine Reihe amerikanischer Beratungsfirmen. Ungewöhnlich in diesem Falle ist, daß die Ausschreibungen sich jeweils nur an das britische und französische Unternehmen richteten. Möglicherweise wird die Electricite de France die Gesamtleitung des Projektes übernehmen.

Das Projekt soll als Joint Venture zwischen Investoren aus Hongkong und der Volksrepublik durchgeführt werden. 90% der Kredite sollen mit jenen Devisen bezahlt werden, die aus der Lieferung von Energie nach Hongkong verdient werden. 75% der Kapitalanteile werden von der Guangdong Power Company gehalten, während der Rest an eine neue Gesellschaft aus Hongkong geht, die Hong Kong Nuclear Investment Company. Das Hongkonger Unternehmen wird 800 Mio. HK\$ (ca. 100 Mio. US\$) als Kapital aufbringen. Die Regierung von Hongkong hat angeboten, drei Viertel dieser Summe zu garantieren. Eine weitere Hongkonger Firma, die China Light and Power (auch ein Elektrizitätsunternehmen), hat sich bereit erklärt, 200 Mio. HK\$ zu investieren. Das finanzielle Engagement der Briten könnte zu 85% durch die britische Regierung garantiert werden. Wie Finanzexperten vermuten, wird die Bank of China wahrscheinlich alle mit dem Projekt verbundenen Kredite garantieren, um das politische Risiko abzusichern, das dadurch entstehen könnte, daß Hongkong langfristig nicht mehr in der Lage ist, genug Devisen zu erwirtschaften. Die Guangdong Power Company wird ihren Kapitalanteil vorwiegend in Grund und Boden, Material und Arbeitskräften einbringen. Nach 20 Jahren Laufzeit soll die volksrepublikanische Seite alleiniger Eigentümer des Kraftwerkes sein. Dies ist eine typische Regelung, die man in vielen Joint-Venture-Abkommen in der Volksrepublik findet.

Noch zu klären ist die Frage, wer die Kosten für die Stromleitungsleitungen zwischen dem Kraftwerk und Hongkong tragen soll. Ca. 70% des Stroms aus der Daya-Bucht sollen nach Hongkong verkauft werden, was

etwa 15% des Energiebedarfs der Kronkolonie ausmacht. (Financial Times, 16.3.84) -lou-

*(37)

200 Millionen Bauern sollen in die ländliche Industrie überwechseln

Ein am 17.3.1984 veröffentlichtes Rundschreiben des Zentralkomitees der KPCh und des Staatsrates bekräftigten einen Bericht des Ministeriums für Landwirtschaft, Viehzucht und Fischerei über die Ausweitung der von den ländlichen Volkskommunen und ihren Untergliederungen betriebenen Industriebetriebe. Diese Betriebe sollten in dörfliche Unternehmen umbenannt werden, heißt es in dem Rundschreiben. Chinas ländliche Gebiete würden nur wohlhabend werden können, wenn neue Produktionsunternehmen eröffnet werden, die zunehmend überschüssige Arbeit genutzt und die ländliche Warenproduktion ausgeweitet werden. Das Wachstum der dörflichen Industriebetriebe wird den Aufbau der Dörfer und ländlichen Wirtschafts- und Kulturzentren beschleunigen und die Bauern in die Lage versetzen, nichtlandwirtschaftliche Tätigkeiten in ihren Dörfern zu verrichten.

Nach dem Bericht des Ministeriums soll die Zahl der Arbeitskräfte auf dem Lande bis zum Ende des Jahrhunderts auf 450 Mio. wachsen. Aufgrund der fortschreitenden Mechanisierung wird die Landwirtschaft weniger als 30% der vorhandenen Arbeitskräfte beschäftigen können, während Forstwirtschaft, Viehzucht und Fischerei weniger als 20% aufnehmen können. Weniger als 10% werden in den Städten oder in Fabriken und Bergwerken beschäftigt werden können. Die verbleibenden 40% - oder nahezu 200 Mio. Bauern - können nur in den ländlichen Industrien und in den Bereichen Bauwesen, Transport, Handel, Dienstleistungen sowie im Nebenerwerbsgewerbe Beschäftigung finden. Besondere Aufmerksamkeit soll auf die folgenden Industrien gelegt werden: Nahrungsmittel, Futter, Baumaterialien, Bauwesen und Energie. Die von den Kommunen betriebenen Unternehmen beschäftigen jetzt 31 Mio. Bauern, während die von Bauern betriebenen Unternehmen Arbeitsplätze für ca. 2 Mio. Menschen bereitstellen. Insgesamt sind nur 10% der ländlichen Arbeitskräfte in der Industrie beschäftigt. Die Zahl der Betriebe sollte zumindest verdoppelt werden.

Zwischen 1978 und 1983 verdoppelte sich der Wert der Umsätze und Dienstleistungen aus dem Bereich der ländlichen Industrien auf nahezu 85,1 Mrd. Yuan. 1983 betrug

der Anteil der ländlichen Industrien am gesamten industriellen Bruttoproduktionswert 11,7%. Die ländlichen Industrien lieferten 20% von Chinas Kohle und 75 bis 90% der folgenden Produkte: Ziegelsteine, Dachpfannen, Sand, Kalkstein und einfache landwirtschaftliche Werkzeuge. (XNA, 17.3.84, zitiert nach SWB, 20.3.84) -lou-

*(38)

Zur Hilfe für arme Bauern aufrufen

In einem Rundschreiben des Forschungszentrums für ländliche Politik des Sekretariats des Zentralkomitees der KPCh und des Ministeriums für zivile Angelegenheiten wird dazu aufgerufen, sich verstärkt darum zu bemühen, den armen Bauern dabei zu helfen, ihre Armut abzuschütteln. In dem am 25.3. veröffentlichten Rundschreiben heißt es, daß 1,7 Mio. ehemals armer Bauernfamilien jetzt durch ihre eigenen Anstrengungen und durch die Unterstützung von allen Seiten immer besser leben. Aber eine ganze Reihe von Bauern habe immer noch Schwierigkeiten. Alle örtlichen Behörden sollten ihr Möglichstes tun, ihnen zu helfen.

Seitdem in China auf dem Land das Produktionsverantwortlichkeits-System eingeführt wurde, habe sich der Lebensstandard der chinesischen Bauern im allgemeinen wesentlich verbessert. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der chinesischen Bauern stieg von 270 Yuan im Jahre 1982 auf rund 300 Yuan im Jahre 1983. Aber einige Familien, die nicht über ausreichende Arbeitskräfte oder Produktionsmittel verfügen oder die von Naturkatastrophen oder Mißgeschicken heimgesucht wurden, seien immer noch im Rückstand. An vielen Orten wurden daher Kampagnen unter dem Motto "Helft den Armen" eingeleitet, damit diese Bauern sobald wie möglich aufholen können. In dem Rundschreiben wird eine Reihe von Maßnahmen zur Unterstützung dieser Familien bei der Überwindung ihrer Schwierigkeiten vorgeschlagen, die sich als wirksam erwiesen haben. Darunter sind:

- die Gründung von "Helft den Armen";

- Führungsgruppen von der Provinzebene bis zur Gemeindeebene und die Einsetzung von Kadern, die für die Verbesserung des Lebensunterhalts der armen Bauernfamilien verantwortlich sind;

- die Bevorzugung armer Familien bei der vertraglichen Zuweisung von Ackerland und bei der Nutzung von Vieh, Landmaschinen, Bewässerungseinrichtungen und anderen

Produktionsmitteln, die im Kollektivbesitz sind, sowie die Gewährung von Hilfe beim Anbau leicht verkäuflicher Feldfrüchte und bei der Viehzucht;

- die Einrichtung von "Helft den Armen"-Fonds in den Dörfern und die Kreditgewährung an bedürftige Familien;

- die Gewährung von niedrig-verzinslichen oder unverzinslichen Regierungsdarlehen an arme Bauern, um ihnen beim Ausbau verschiedenartiger Unternehmungen zu helfen; bevorzugte Behandlung armer Bauern bei der Bereitstellung von Materialien und Technologien; Senkung ihrer Steuerzahlungen; Beschaffung von Arbeit für arme Bauern, damit sie zusätzliches Geldeinkommen erhalten.

Des weiteren ruft das Rundschreiben die Mitglieder der Partei, der Kommunistischen Jugendliga und der Frauenorganisationen sowie spezialisierte Haushalte eindringlich dazu auf, sich an der Kampagne "Helft den Bedürftigen" zu beteiligen. (XNA, 26.3.84) -lou-

*(39)

Ausleihen von Fachkräften

Zur Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung soll jetzt eine neue Methode des Einsatzes von Fachkräften in China eingeführt werden. Danach sollen unterentwickelte Gegenden oder mangelhaft ausgerüstete Betriebe die Möglichkeit erhalten, dringend benötigte Fachkräfte aus den Großstädten oder aus gut ausgerüsteten Betrieben anzufordern. Der für dieses Prinzip eingeführte Fachausdruck lautet "nalaizhuyi", was soviel bedeutet wie "Heranholen". In einem Kommentar der Volkszeitung vom 7.3.84 heißt es dazu, daß die volkswirtschaftliche Entwicklung in China durch das niedrige wissenschaftlich-technische Niveau eines großen Teiles der Bevölkerung stark behindert werde. Um hier einen Ausgleich zu schaffen, müsse man von dem Gedanken des "Abteilungsbesitzstandes" abkommen und sich nach außen öffnen. Öffnung nach außen bedeute nicht nur Öffnung zum Ausland, sondern auch Öffnung zu den äußeren Provinzen, Städten und Einheiten innerhalb Chinas. Nach wie vor sei das wissenschaftlich-technische Potential in den großen Städten des Küstengebietes konzentriert, während es in den entfernten Gebieten des Nord- und Südwestens an solchem Potential mangelt. Doch nicht nur zwischen den verschiedenen Gebieten, sondern auch zwischen den verschiedenen Abteilungen ein und desselben Gebietes beständen riesige Unterschiede. Gut ausgebildete Fachleute aber dürften nicht

als Eigentum eines bestimmten Gebietes, Instituts oder Betriebes angesehen werden. Ihre Begabung würde nur ihrem eigenen Gebiet oder ihrer eigenen Abteilung zugute kommen. Hier gelte es, eine veränderte Haltung einzunehmen und die Personalpolitik so zu gestalten, daß auch rückständige Gegenden oder Betriebe in den Genuß von Fachkräften kämen. Die rückständigen Gebiete und Einheiten müßten umdenken und sich nicht scheuen, sich von woanders her Fachleute für kurze Zeit "heranzuholen".

Die Methode des zeitweisen Ausleihens dringend benötigter Fachkräfte an rückständige Einheiten dürfte bei den Wissenschaftlern und Technikern zweifellos mehr Anklang finden, als wenn sie auf Lebenszeit in solche Einheiten versetzt würden. Zudem bedeutet dieses Prinzip einen ersten Schritt zu einer flexibleren Handhabung der bisher allzu starren Personalpolitik. -st-

*(40)

Studenten leisten fachliche Hilfe

In jüngster Zeit ist man von offizieller Seite in China dazu übergegangen, Professoren und Dozenten der Universitäten aufzurufen, sich neben ihrer Forschungs- und Lehrtätigkeit zusätzlich für den wirtschaftlichen Aufbau zu engagieren. Das System sieht vor, daß Wissenschaftler Verträge mit Betrieben abschließen und diesen bei der Lösung wissenschaftlich-technischer Probleme helfen. In der Hauptstadt der Provinz Liaoning, Shenyang, zeichnet sich jetzt eine neue Entwicklung ab, indem dort nun auch Studenten Verträge mit Betrieben abschließen können. Wie Xinhua berichtete, haben in den vergangenen Winterferien dreihundert Studenten von zwanzig Shenyanger Universitäten und Hochschulen Verträge abgeschlossen, um siebzig mittleren und kleinen Unternehmen, bei denen es an technischem Know-how mangelt, bei der Lösung ihrer Probleme zu helfen.

Organisiert wurde diese Studentenarbeit von der Kommunistischen Jugendliga und dem Studentenverband. Die Betriebe wurden aufgerufen, ihre Probleme kundzutun. Siebzig Betriebe folgten der ersten Aufforderung und hängten 120 Fragen oder Aufgaben im Jugendpalast aus. Die Studenten suchten sich die Aufgaben je nach ihrem Spezialfach aus, und schon nach wenigen Stunden waren für 110 Fragen Verträge unterzeichnet. Am selben Tag folgte noch einmal ein Schub von Unternehmen, und am Ende des Tages waren insgesamt 287 Verträge abgeschlossen (XNA, 15.3.84).

Das Beispiel zeigt, daß selbst in einer Industriestadt wie Shenyang ein großer Mangel an Fachkräften besteht, der sich besonders bei kleinen und mittleren Betrieben bemerkbar macht. Mit dem Einsatz der Studenten scheint es möglich zu sein, ein ungenutztes Potential auszuschöpfen, wengleich bislang nicht bekannt ist, wie erfolgreich die Aktion war. -st-

TAIWAN

* (41)

Beziehungen mit dem Vatikan getrübt

Die römische Zeitung "Il Tiempo" hat am 6. März einen Bericht gebracht, in dem der Reporter Petro Sillo die Ansicht vertritt, daß der Vatikan die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan abbrechen und nur noch ein inoffizielles Verhältnis mit der Insel durch eine Vertretung ohne diplomatischen Status unterhalten werde, um dadurch den Weg zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Beijing zu ebnet. Sillo begründete seine Analyse mit einer Reihe ungewöhnlicher Aktivitäten zwischen dem Vatikan und Taipei in der jüngsten Zeit: Ende des vergangenen Jahres hat der Papst den Geschäftsführer der Botschaft des Vatikans in Taipei zu einem politischen Gespräch nach Rom gerufen; Anfang Februar dieses Jahres reiste der Botschafter Taiwans beim Heiligen Stuhl zur politischen Konsultation nach Taipei, und Ende Februar führte der Papst ein langes Gespräch mit einer Delegation römisch-katholischer Bischöfe aus Taiwan (LHB, 7.-9.3.84).

Der Sprecher des Außenministeriums in Taipei sowie Taiwans Botschafter beim Vatikan, Zhou Shukai, haben die Meldung der italienischen Zeitung als absurd zurückgewiesen. "Il Tiempo", die einen Leserbrief Zhou sowie die Erklärung des Außenministeriums von Taipei ohne Abkürzung druckte, besteht in ihrer Redaktionsanmerkung zu dem Leserbrief darauf, daß der Bericht von Sillo glaubwürdig sei.

Seitens des Vatikans wurde trotz der energischen Aufforderungen Taiwans kein öffentliches Dementi zu der Spekulation abgegeben. Zwar hat Beijing laut einer AP-Meldung vom 8. März (zitiert nach LHB vom 9.3.84) dementiert, daß unmittelbare Verhandlungen mit dem Vatikan stattgefunden hätten, jedoch die Möglichkeit eines solchen Kontaktes in Zukunft nicht ausschließen wolle. Das chinesische Außenministerium hat betont, so heißt es, China werde keine Fühlung mit dem Vatikan aufnehmen, solange dieser

diplomatische Beziehungen zu Taiwan unterhalte und damit nicht aufhöre, sich "in innere chinesische Angelegenheiten einzumischen und nicht die Souveränität Chinas zu respektieren".

Neben der Taiwan-Frage gibt es zwischen dem Vatikan und Beijing noch einen grundsätzlichen Streit um den Status der chinesischen katholischen Kirche. Während die Chinesen nach der Gründung des kommunistischen Regimes eine unabhängige "patriotische Kirche" geschaffen haben, will der Vatikan auf die päpstliche Obrigkeit über die chinesische Kirche nicht verzichten und die von dieser inzwischen selbst bestimmten Geistlichen nicht anerkennen. Dies wurde von Beijing als Einmischung in innere chinesische Angelegenheiten und Mißachtung der chinesischen Souveränität betrachtet.

Die gewisse Liberalisierung der Religionen in der VR China im Rahmen des jetzigen pragmatisch politischen Kurses unter Deng Xiaoping läßt den Vatikan hoffen, daß die traditionellen Beziehungen zur chinesischen Kirche wiederhergestellt werden könnten. Dies ist jedoch unmöglich, wenn der Heilige Stuhl diplomatische Beziehungen zu Taiwan unterhält und die kommunistische Regierung politisch nicht anerkennt. Daß der Vatikan im letzten Jahr laut einer jüngsten AFP-Meldung von allen in den fünfziger Jahren aus China geflüchteten bzw. vertriebenen europäischen Bischöfen einen Rücktritt von ihren Posten im kirchlichen Bereich Chinas gefordert hat, sah die LHB in ihrem Leitartikel vom 3. April dieses Jahres als deutliches Signal aus dem Vatikan zum Kompromiß mit Beijing. Gleichzeitig wies die Zeitung in demselben Artikel noch darauf hin, daß Papst Johannes Paul II. bei seiner Ostasienreise (im Februar 1981) an Taiwan vorbeigegangen war und daß die vatikanische Botschaft in Taipei seit langer Zeit nur von einem Geschäftsführer besetzt ist. Wenn auch die offizielle Seite beteuert, daß die Beziehungen zum Vatikan unverändert seien, kann die Öffentlichkeit auf der Insel einschließlich einiger führender Persönlichkeiten der katholischen Kirche dort nicht umhin, sich Sorgen um ein Umschlagen der Chinapolitik des Vatikans zu machen.

In einem kurzen Artikel in der ZYRB (10.3.84) möchte Luo Guang (Lo Kuang), der im Februar die obengenannte Bischofsdelegation aus Taiwan zum Papst geleitet hat, zwar an eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen dem Vatikan und dem kommunistischen China nicht glauben, schließt gleichzeitig aber einen Abbruch

der diplomatischen Beziehungen des Vatikan zu Taiwan nicht aus. Er wies auf die Tatsache hin, daß der Vatikan der einzige Staat in Europa sei, der noch diplomatische Beziehungen mit Taiwan unterhalte. Dies erregt, so Luo Guang, großen Mißmut und Feindseligkeit in Beijing gegenüber dem Vatikanstaat und gibt den chinesischen Kommunisten einen Vorwand, jeglichen Kontakt mit dem Heiligen Stuhl abzulehnen. Um Diskussionen über die Fragen der katholischen Kirche auf dem chinesischen Festland zu ermöglichen und dadurch die dortige Kirchenarbeit zu erleichtern, meinen daher viele katholische Führer in Europa und Amerika, daß der Vatikan nur noch eine Kirchenvertretung in Taiwan unterhalten solle.

In seiner Rede für die genannte Bischofsdelegation sowie 100 in Rom weilende chinesische Geistliche und Gläubige hat Papst Johannes Paul II. die Einheit des chinesischen Volkes bekräftigt und an die chinesischen Katholiken in Taiwan und im Ausland appelliert, eine Kirchenbrücke zu den Brüdern und Schwestern auf dem chinesischen Festland zu bauen (s. ZYRB, 9.3.84). Auch hier gibt es Andeutungen über eine Neuorientierung der Chinapolitik des Vatikans zur politischen Neutralität zwischen Taiwan und Beijing, d.h. einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Taiwan zugunsten der Wiederherstellung der Kirchenbeziehungen zum chinesischen Festland. -ni-

* (42)

Eine seltsame Flugzeugentführung

Am 22. März wurde ein Verkehrsflugzeug der British Airways vom Typ Boeing 747 mit 338 Passagieren und 16 Besatzungsmitgliedern an Bord auf dem Weg von London nach Beijing nach einer Zwischenlandung in Hongkong entführt und zur Landung auf Taiwan gezwungen.

Der Entführer ist ein 28-jähriger Mann aus Hongkong namens Liang Weiqiang. Das Flugzeug war an dem genannten Tag um 11 Uhr 45 von Hongkong gestartet. 45 Minuten danach hatte der Entführer durch eine Stewardess einen maschinengeschriebenen Brief an den Kapitän gegeben, in dem eine Kursänderung gefordert wurde. Der Luftpirat hatte keine Waffen gezeigt, in dem Schreiben jedoch betont, daß er in der Maschine noch Komplizen habe, zu denen auch ein Besatzungsmitglied gehöre. Ferner bedrohte er den Pilot mit Gewaltanwendung, falls dieser die "Zusammenarbeit" verweigere.

Die Jumbo-Maschine, die sich be-